

NWZ Lokalkolleg Delmenhorst 01.12.2010

A 281-Urteil stimmt Gegner optimistisch

B 212NEU Delmenhorster Delegation überreicht Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren in Hannover

Die Delmenhorster Politik will beim B212-Neubau die Südvariante verhindern. Kritik an der Haltung Delmenhorsts kommt derweil von der CDU aus Lemwerder.

VON WOLFGANG BEDNARZ

DELMENHORST – Flage in Hannover zeigte am Dienstag eine Gruppe Delmenhorster Kommunalpolitiker rund um Oberbürgermeister Patrick de La Lanne in Sachen B212neu. Die Delegation gab am letzten Tag der Frist die bis zum 30. November von der Landesbehörde erbetene Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren ab. Die Planer haben in dem Entwurf einem Trassenverlauf des neuen Bundesstraßen-Teilstücks südlich von Deichhausen den Vorzug gegeben. „Das Planungsergebnis wurde dem Ziel angepasst“, hatte die SPD-Frak-



Sie wollen die Südvariante verhindern: Delmenhorster Politiker überreichten am Dienstag in Hannover dem zuständigen Referatsleiter Rainer Beckedorf ihre Stellungnahme zur anstehenden LROP-Ergänzung.

BILD: STADT DELMENHORST

tionsvorsitzende Susanne Mittag das auf der jüngsten Ratssitzung genannt. Von Mittag stammte auch der Vorschlag, persönlich nach Hannover zu fahren. In der am Dienstag dem zuständigen Ministeriums-Referatsleiter Rainer Beckedorf überreichten Stellungnahme, unterzeichnet vom Oberbürgermeister, heißt es unter anderem, dass wesentliche natur- und schutzfachliche Belange nicht gewürdigt worden seien und die Stadt Delmenhorst auch

aus diesem Grund beabsichtige, „diesen hochwertigen Landschaftsraum unter Naturschutz zu stellen“. Die Ausweisung des Naturschutzgebietes Sandhauser Brake/Schwarze Brake soll in der Dezember-Sitzung des Rates beschlossen werden.
Befürchtet wird in Delmenhorst, dass die Dwostraße, die Friedens- und die Stedinger Straße zum Autobahnzubringer mutieren, sollte die Südvariante im Landesraumordnungsprogramm festgeschrieben werden.

Uwe Kroll und Martin Clausen von der IG B212neu sprechen angesichts des Leipziger Urteils in einer Presse-

mitteilung von einem „infinanzierten“ B212-Planungsverfahren und stellen fest: „Sollte die politische Korrektur unterbleiben, ist die Realisierung des zweiten Bauabschnitts der B212neu juristisch schon jetzt in höchstem Maße gefährdet.“

Eine gänzlich andere Haltung zur B212neu nimmt der CDU-Gemeindeverband aus der Nachbargemeinde Lemwerder ein – und schießt gegen die Delmenhorster. Es sei „ungeheuerlich“, dass die Stadt ein Gutachten in Auftrag gegeben habe mit dem Ziel, „dem abgeschlossenen Raumordnungsverfahren für die B212neu mangelnde Plausibilität vorzuwerfen“, schreibt der Lemwerdener CDU-Vorsitzende Wolf Rosenhagen in einer Pressemitteilung. Das von Dr. Joachim Hartlik erstellte Gutachten war – wie berichtet – kürzlich in einer Sondersitzung des Bau- und Planungsausschusses vorgestellt worden.